



**Geschäftsführung
Gesundheitsausschuss**

Frau Gunia-Hennecken

Telefon: (0221) 221-24560

Fax : (0221) 221-22755

E-Mail: birgit.gunia-hennecken@stadt-koeln.de

Datum: 18.07.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des
Gesundheitsausschusses vom 11.06.2013**

öffentlich

**5.3 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012**

SE Frau Brunelli weist darauf hin, dass die Versorgung von älteren Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf die Schaffung von kultursensiblen Pflegeplätzen nicht ausreichend in den Fokus genommen worden sei.

SB Frau Houben möchte mehr über die geplanten Gesundheitsstützpunkte in den Kölner Stadtbezirken wissen.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

RM Frau Schmerbach stellt fest, dass das Programm die Vielzahl an Integrationsmaßnahmen in der Stadt Köln eindrucksvoll dokumentiere. Sie weist allerdings darauf hin, dass die Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben, wie beispielsweise illegale Einwanderer, im Maßnahmenprogramm nicht berücksichtigt worden sei.

RM Herr Peil fragt nach, ob das Projekt der Gesundheitslotsen sowie der Gesundheitsstützpunkte in ihrer Wirksamkeit untersucht worden seien.

Die Beigeordnete Frau Reker teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschlossen wurde, sämtliche Maßnahmen bis Ende des Jahres in einen Katalog aufzunehmen, der auch eine Prioritätenbildung beinhalten werde.

Das Maßnahmenprogramm sei als eine Form der Bestandsaufnahme zu werten. Darüber hinaus beinhalte das Programm auch Maßnahmen, die von Experten für wichtig erachtet werden, wie beispielsweise die Schaffung von Gesundheitsstützpunkten. Sie gehe davon aus, dass es Mitte des Jahres ein Kommunales Integrationszentrum geben werde, das sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) und dem Interkulturellen Referat zusammensetzen werde. Dadurch werden insgesamt 5,5 Stellen incl. Sachkosten allein im Interkulturellen Referat eingespart. Von den Einsparungen seien auch die Lotsenprojekte betroffen, die es in Zukunft nicht mehr geben werde. Frau Beigeordnete Reker bittet, diese Hintergrundinformationen bei künftigen Beauftragungen der Verwaltung zu berücksichtigen.

RM Frau Gärtner merkt an, dass sie eine Prioritätenliste der Maßnahmen, die neu hinzugekommen seien, für sinnvoll erachte.

Die Beigeordnete Frau Reker erläutert, dass aufgrund des Doppelhaushaltes voraussichtlich keine neuen Maßnahmen realisiert werden können und daher bei den laufenden Maßnahmen eine Priorisierung entbehrlich sei.

SE Frau Brunelli ergänzt, dass aus ihrer Sicht die Maßnahmen, die in Zukunft nicht weiter fortgesetzt werden können, wesentlich mehr von Interesse seien.

SE Herr Steffens möchte wissen, ob die Effektivität der Maßnahmen bestimmt werden könne.

Die Beigeordnete Frau Reker teilt mit, dass die vorhandenen Maßnahmen evaluiert werden, so dass auch Aussagen zur Effektivität getroffen werden können.

Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt einige Erläuterungen zum Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales sowie zum Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates vom 4. Juni 2013.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach fasst sämtliche Hinweise und Anregungen wie folgt zusammen:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss nimmt das Maßnahmenprogramm zur Kenntnis und bittet um folgende Ergänzung:

1. Die bestehenden Maßnahmen sollen auf ihre Wirksamkeit evaluiert und
2. neue Maßnahmen sollen priorisiert werden.

Darüber hinaus soll

- a. die Versorgung von älteren Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf die Schaffung von kultursensiblen Pflegeplätzen und
- b. die Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben, wie beispielsweise illegale Einwanderer, berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.